

Selbstbedienung II

Die Wirtschaft sollte dienen, statt sich selbst zu bedienen

Die Wirtschaft klagt über zu viel [Bürokratie](#). Dabei hat sie selbst dazu beigetragen, dass der Gesetzgeber immer wieder neue Regeln aufstellen musste, weil die Wirtschaft immer wieder versuchte die bestehenden Regeln nicht einzuhalten, um daraus einen Vorteil zu ziehen (siehe oben Link zu „Bürokratie“). Egal, ob man an Lebensmittelskandale denkt, oder an das Abwandern der Textilbranche in Billiglohnländer, den Niedergang der Unterhaltungselektronik, oder den Ausverkauf der Solartechnik. Weil Autos so schnell rosteten, dass sie gar nicht alt werden konnten, oder weil Produkte nach dem Kauf stark an Wert verloren, schuf der Gesetzgeber die Produkthaftung und schrieb Garantiefrieten vor. Aber Auslöser waren die, die in den Firmen versuchen zu Lasten der Verbraucher und damit der Gemeinschaft die Regeln zu umgehen, oder mit noch billigerem Material noch mehr Gewinn zu erzielen.

Erhebliche Teile der Wirtschaft verhalten sich wie Kinder, die einfach mal ausprobieren, ob sie mit irgend einem Trick durch kommen, egal, ob das der Spickzettel ist, Abschreiben beim Nachbarn, oder mit dem Ruf: "Ich war's nicht!"

Das Ganze kann auf Dauer nicht gut gehen, aber das will man nicht wissen, sondern noch so lange wie möglich im alten Trott weiter machen. Wo liegt der Fehler?

Angefangen hat alles damit, dass ein geschickter Mensch irgend etwas (z.B. Pfeilspitzen herstellen) besser konnte, als sein Nachbar. Dafür war der Nachbar vielleicht ein besserer Jäger. Sobald sie sich zusammen taten, bekam der Nachbar die Pfeilspitzen und der Hersteller einen Teil der Jagdbeute. Die Zusammenarbeit brachte also beiden einen Vorteil.

Leider wurde das gegenseitige Helfen und Nützen im Laufe der Zeit durch einen Hang zur Selbstbedienung ersetzt, den die [Betriebswirtschaft](#) fördert.

Schon bei der Industrialisierung endete der faire Umgang, indem man die Herstellung so lange zerlegte, bis Ungelernte sie erledigen konnten. Man legte gar keinen Wert mehr auf handwerkliches Können, sondern nur noch auf die Ausbeutung der Arbeitskraft zu Gunsten des Unternehmers. Deren Villen zeugten von der ungleichen Verteilung von Arbeit und Gewinnen.

Was geschieht zur Zeit? Einfache Arbeitsplätze werden entweder durch Maschinen ersetzt, oder ins Ausland verlagert, so wie das schon bei der Textilindustrie geschah. Dazu schafft man immer komplexere Fertigungsanlagen, die hier von Spezialisten erstellt werden und dann in den Ländern aufgebaut werden, in denen die menschliche Arbeitskraft noch billiger ist. Hier werden Arbeitsplätze abgebaut und die Menschen durch "billigere" Menschen anderswo ersetzt.

Es gibt auch Firmen, die versuchen den Mitarbeitern eine Fortbildung zu bieten, so dass sie später anspruchsvollere Aufgaben übernehmen könnten, die auch besser bezahlt wären. Aber nicht jeder will das.

Das erinnert an Bölls Geschichte zum 1. Mai 1951 von dem Fischer, der nach getaner Arbeit in der Sonne sitzt. Nun rät ihm jemand, er solle doch noch einmal hinaus fahren und fischen. Wenn er das oft genug mache, könne er ein zweites Boot kaufen und jemand einstellen, der für ihn Fische fängt. Irgend wann könne er ein weiteres Boot kaufen und weitere Leute für sich arbeiten lassen, und eines Tages könne er sich dann zur Ruhe setzen und in der Sonne sitzen. Worauf der Fischer meinte, das könne er doch jetzt bereits. (Wobei Böll die Frage der Umweltbelastung ausklammerte, die heute zur Überfischung von Nord- und Ostsee geführt hat.)

Was ist, wenn diejenigen, die jetzt keine Lust auf Weiterbildung und anstrengendere Arbeit haben, vielleicht klüger sind, als die Chefs? Sei es, dass sie sich das nicht zutrauen, sei es, dass sie überfordert wären? Dann werden sie früher oder später ihre Stelle verlieren, eben weil die einfacheren Arbeiten abgeschafft werden, weil die Arbeit eines Menschen angeblich zu teuer ist.

Viele derjenigen die arbeitslos wurden, versuchen als Dienstleister etwas zu verdienen, wo man aber weniger bekommt, als wenn man Facharbeiter ist. Das hat die Politik auch gefördert mit so sonderbaren Begriffen, wie Ein-Euro-Jobs, oder Solo-Selbständiger (dem Rat sich selbständig zu machen). Das hat die Arbeitslosen-Statistik verbessert, aber nicht das Leben der Menschen. Im Gegenteil die Schere zwischen Arm und Reich ist immer weiter aufgegangen. Heute sind rund 40% der Bürger an oder unter der Armutsgrenze. Für sie fehlen bezahlbare Wohnungen und für ihre Kinder eine liebevolle Betreuung und solide Bildung, die es ihnen ermöglichen könnte eher der Armut zu entkommen.

Was die Wirtschaft nicht bedenkt ist, dass diese 40% mangels gut bezahlten Arbeitsplätzen als Kunden weit gehend weg fallen, es sei denn man dreht ihnen minderwertiges billiges Zeug an, das irgend wo in einem Billiglohnland hergestellt wurde. Das macht sie nicht glücklich, führt aber zum Konsum von Minderwertigem, das bald als Müll zusätzliche Probleme schafft, oder bei Lebensmitteln zu Übergewicht und Krankheiten führt. Der Gemeinschaft der Bürger wird damit ein schlechter Dienst erwiesen.

Die Armen fühlen sich (oft zu Recht) abgehängt und wählen Extremisten, weil sie sich nicht ernst genommen fühlen und den Mächtigen nicht mehr trauen. Dass die Extremen auch keine Lösung wissen, sondern nur Parolen und Schlagworte aus der Mottenkiste der Geschichte anbieten, merken Viele nicht.

Wir haben eine sonderbare Lage: Einerseits fehlt es an Menschen, die mit Menschen arbeiten (Beamte, Erzieher, Krankenschwester, Lehrer, Pfleger) und andererseits fehlt es an Spezialisten, die technisch immer anspruchsvollere Anlagen bauen können. Deshalb will man solche Leute aus dem Ausland anwerben, möglichst wenn sie schon ausgebildet sind. Ein Ergebnis ist, dass viele Stellen nicht besetzt werden können. Der Stadt Stuttgart fehlt eine zweistellige Zahl an Gärtnern und entsprechend sehen Parks und Grünanlagen aus. Behörden brauchen länger, um Bescheinigungen auszustellen, und Bürgerbüros bleiben lange geschlossen.

Wenn aber die Behörden immer länger brauchen, dann verzögern sich Entscheidungen, egal ob beim Hausbau, in der Wirtschaft, dem Bau von Verkehrsmitteln und bei der Einstellung von Zuwanderern. Manches Amt findet keine Mitarbeiter mehr, weil die Wirtschaft besser bezahlt. Als Folge gerät die Wirtschaft ins Stocken. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur nicht überall so ist, dass man von zuhause aus arbeiten könnte, wenn man es wollte.

Wie geht es weiter?

Die wachsende Armut führt zugleich zu weniger Steuereinnahmen, schränkt also die Handlungsmöglichkeiten des Staates ein (von den zusätzlichen Kosten für den Krieg mal ganz abgesehen). Die Wirtschaft verlagert weitere Produktionen in Länder, die heute noch billiger sind und vernichtet im Inland Arbeitsplätze für weniger Qualifizierte oder einfachere Menschen. Da zugleich die Geburten-starken Jahrgänge in Rente gehen und die Infrastruktur lange nicht gepflegt wurde, dürften die Steuereinnahmen sinken und die Ausgaben steigen. Das geht nicht lange gut, denn so wünschenswert es ist die Infrastruktur in Ordnung zu bringen (z.B. Brücken, Deutsche Bahn, Telekommunikation), so wenig fair ist es zukünftigen Generationen Schulden zu hinterlassen, weil das deren politischen Spielraum einengt. Aber eine marode Infrastruktur führt zu einem ähnlichen schlechten Ergebnis.

Daher ist zu erwarten, dass die Infrastruktur nur notdürftig repariert wird und der Service und die Dienstleistungen auf der Strecke bleiben, wie bei der Bahn. Trotzdem wird das Geld auf Jahre hinaus knapp sein, und man wird auf manche Annehmlichkeit verzichten müssen. Das ist deshalb fatal, weil wir eigentlich viel Geld in die Bekämpfung des Klimawandels stecken müssten, denn auch da gilt, je später man etwas tut, desto teurer wird es.

Und was ist mit der Wirtschaft? Die kann vielleicht noch ein paar Jahre immer wieder die Produktion in noch „billigere“ Länder verlagern, aber irgendwann ist auch da das Ende der Fahnenstange erreicht. Wenn zugleich in den Heimatländern mangels Löhnen die Einkommen stagnieren oder sinken, kann man dort weniger verkaufen. Also sinkt der Absatz im Heimatland.

Dass die Eigentümer der Konzerne noch reicher werden, kann diesen Verlust an Kaufkraft nicht ausgleichen. Außerdem werden viele Staaten liebend gerne die Reichen höher besteuern, wenn man nur dafür sorgt, das sie und ihr Geld nicht in andere Länder flüchten können.

Es könnte sein, dass internationale Konzerne ebenso zu fliehen versuchen, aber die Zahl der geeigneten Länder ist beschränkt, und man möchte am Sitz eines Konzerns doch eine gewisse Sicherheit und stabile politische Verhältnisse. Das schränkt die Zahl der Länder, die man als Firmensitz wählen könnte, weiter ein. Um die Flucht von Kapital und Firmen zu bremsen, könnte es sein, dass die Europäische Gemeinschaft, aber auch andere große Wirtschaftsräume verabreden, dass immer dort Steuern gezahlt werden müssen, wo die Wertschöpfung, der Mehrwert erzeugt wird. Dann nützt ein Firmensitz in einer Steueroase nichts mehr.

Da diese Entwicklungen nicht nur in Deutschland drohen, sondern auch in vielen anderen Ländern, sind auch die Möglichkeiten beschränkt Waren anderswo zu verkaufen. Das ist internationalen Firmen, die keine Konsumgüter erzeugen, sondern Werkzeug-Maschinen oder Fertigungsstraßen nicht so klar, aber eine sinkende Nachfrage trifft auch diese Firmen nur etwas später. Und: Je teurer der Transport wird – auch wegen des Klimawandels – um so interessanter wird es Waren möglichst nahe beim Verbraucher zu erzeugen. Es könnte also sein, dass uns der drohende Klimawandel dazu zwingt anders zu wirtschaften.

Die beste Lösung wäre, wenn die Wirtschaft weltweit wieder lernen würde, dass sie den Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt. Da das leider recht unwahrscheinlich ist, muss man damit rechnen, dass wir uns noch eine Weile in die falsche Richtung bewegen und dann durch Krisen gezwungen sein werden unser Wirtschaftssystem sehr rasch und mit erheblichen Verlusten zu ändern.